

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

83. Sitzung

am Mittwoch, dem 29. September 2004, 10:00 Uhr
im Sitzungszimmer 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Roswitha Strauß (CDU)	Vorsitzende
Klaus-Dieter Müller (SPD)	
Hermann Benker (SPD)	
Birgit Herdejürgen (SPD)	
Wilhelm-Karl Malerius (SPD)	i. V. von Thomas Rother - zeitweise -
Thomas Rother (SPD)	- zeitweise -
Bernd Schröder (SPD)	
Uwe Eichelberg (CDU)	
Dr. Trutz Graf Kerssenbrock (CDU)	- zeitweise -
Brita Schmitz-Hübsch (CDU)	i. V. von Dr. Trutz Graf Kerssenbrock - zeitweise -
Joachim Wagner (CDU)	
Christel Aschmoneit-Lücke (FDP)	
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	

Weitere Abgeordnete

Rainer Wiegard (CDU)
Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Anhörung zur Bahnreform	6
2. Entwicklung und Stand der Kulturwirtschaft in Schleswig-Holstein	11
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/3482	
3. Liberalisierung des Wettbewerbsrechts	12
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1504	
4. a) Senkung der Sozialversicherungsbeiträge für niedrige Einkommen	13
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/1494	
b) Neuorientierung des Arbeitsmarktes Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung	
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1497	
5. Für mehr Beschäftigung: Kündigungsschutz sofort lockern!	14
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/2428	

- 6. a) Zur dramatischen Lage auf dem Arbeitsmarkt** **15**
- Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2443 Absatz 1 und 3
- b) Zur dramatischen Lage auf dem Arbeitsmarkt**
- Mündlicher Bericht der Landesregierung
- 7. Arbeitsmarktpolitik in Schleswig-Holstein** **16**
- Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP
Drucksache 15/3141
- 8. Keine gesetzlichen Mindestlöhne** **17**
- Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/3271
- 9. Liberalisierung des Ladenschlusses** **18**
- Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2575 (neu)
- 10. a) Umsetzung von „Hartz IV“ in Schleswig-Holstein** **19**
- Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/3590
- b) Umsetzung von Hartz IV in Schleswig-Holstein**
- Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/3345 Nr. 1 und 2
- 11. Wirtschaftsbericht 2004** **20**
- Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU
Drucksache 15/3451

12. Verschiedenes

21

Die Vorsitzende, Abg. Strauß, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Anhörung zur Bahnreform

Umdrucke 15/4761, 15/4961, 15/4962, 15/4983, 15/4984, 15/4985, 15/4989
und 15/4991

Herr Tausendpfund trägt die Stellungnahme der AKN Eisenbahn AG zur Bahnreform vor (s. Umdruck 15/4984). Abg. Hentschel erkundigt sich nach dem Standpunkt der AKN zu den technischen Problemen bei der Trennung von Netz und Betrieb. Außerdem möchte er zur Regelung der Trassenvergabe wissen, ob diese für ausreichend gehalten werde oder ob man sich eine darüber hinausgehende Lösung vorstelle. Herr Tausendpfund bedauert, noch keine genauen Angaben über die Erweiterung für die Agentur zu haben. Technische Probleme sehe er nicht, sondern er hält dies für eine Frage der organisatorischen Zuordnung und ist der Ansicht, dass der Betrieb und die Instandhaltung der Infrastruktur sehr gut durch *ein* Unternehmen vorgenommen werden könnten. Das Hauptproblem sehe er in der Finanzierung der immensen Investitionen.

Abg. Eichelberg fragt nach dem Unterschied zwischen größeren und kleineren Betrieben in Bezug auf die Wirtschaftlichkeit bei der Trennung von Netz und Betrieb. Weiterhin möchte er wissen, wie man sich die weitere Finanzierung der Bahnhofsanlagen des Fernverkehrs durch den Bund und die des Nahverkehrs durch die Länder vorstelle. Herr Tausendpfund verdeutlicht, dass die durch die AKN betriebenen Bahnhöfe sowohl regionalen als auch überregionalen Charakter haben und die Frage nach der Priorität schwierig zu beantworten sei, was zu Schwierigkeiten bei der Koordinierung führe.

Herr Fischer, Geschäftsführer der Connex/Nord-Ostsee-Bahn GmbH, nimmt auf der Grundlage des Umdrucks 15/4991 Stellung zur Bahnreform.

Im Anschluss daran erläutert Herr Weis die Position der TRANSNET Gewerkschaft GdED (s. Umdruck 15/4962). Besonders weist er darauf hin, dass den kleineren, privaten Bahnunternehmen durch die Deutsche Bahn AG gleichberechtigte Marktchancen gegeben werden müssten. Außerdem sollten die Bundesländer mehr Mitspracherecht bekommen. Er informiert darüber, dass in Kürze die Europäische Kommission das 3. Eisenbahnpaket vorlegen werde,

das unter anderem eine weitere Öffnung des europäischen Marktes für den Personenverkehr sowie die Festlegung der Fahrgastrechte für die Kunden beinhalte.

Schließlich nimmt Herr Seyb für die LVS zur Bahnreform Stellung (s. Umdruck 15/4985). Er hebt hervor, dass die LVS keine gemeinsame Servicegesellschaft für den Vertrieb plane. Zurzeit gebe es eine Diskussion unter den Eisenbahnunternehmen, ob man sich zwecks Aufrechterhaltung von Reisezentren zusammenschließen solle, die aber noch nicht abgeschlossen sei.

Zur Frage „Servicegesellschaft“ vermutet Abg. Hentschel, dass die vier verschiedenen Automatenysteme die Kunden verwirren könnten, und plädiert deshalb für *eine* Automatenart und *eine* Verkaufsstelle mit *einer* Kundenberatung, was natürlich Herstellerneutralität voraussetze. Herr Seyb legt zu Frage 5 dar, dass es momentan bundesweit zwei Strategien für einen bundesweiten Tarif gebe. Einerseits gebe es Überlegungen, ob man bei null beginnen solle - mit neutralen Strukturen -, was zu erheblichem Mehraufwand führen würde, oder ob es eine Möglichkeit gebe, die bisher bundesweit geltenden DB-Strukturen durch den Druck aller Beteiligten sozusagen in neutrale Verhältnisse zu überführen. Der Hamburger Hauptbahnhof stelle einen Brennpunkt dieses Problems dar. Dort stelle sich die Frage, ob man alles, was im Großraum Niedersachsen bis Schleswig-Holstein passiere, über eine Servicegesellschaft regeln solle oder die Unternehmen sich auf einheitliche Standards, z. B. bei der Automatenoberfläche, einigen sollten. Vorher sei die Höhe des Standardisierungsgrades zu klären bzw. die Frage, ob diese Standardisierung ohne eine eigens dafür aufzubauende Servicegesellschaft funktionieren könne.

Die Vorsitzende, Abg. Strauß, geht auf die kundenunfreundliche Abrechnungsproblematik der verschiedenen Unternehmen ein und führt im Gegensatz dazu das positive Beispiel der Telefonkostenabrechnung der Deutschen Telekom an. Sie befürworte eine Abschaffung der Monopolsituation im Interesse der Kunden.

Herr Fischer erwidert auf die Frage der Abg. Schmitz-Hübsch nach einer gerechten Kapazitätsvergabe, bei Anfragen nach Trassen beim Eisenbahnbundesamt bekomme man oftmals die Auskunft, dass plötzlich alle Trassen belegt seien, da schnell noch Verkehre eingerichtet würden. Man habe kaum Chancen, eine evtl. ungerechte Behandlung nachzuweisen und denke deshalb bereits über eine Untätigkeitsklage nach. Es bedürfe eines klaren Zuganges zu den Trassen und einer klaren Verteilung. Engpässe gebe es bei der Verbindungsbahn in Hamburg sowie an der Westküste; diese müssten über die Infrastruktur geklärt werden.

Auf die Nachfrage von Abg. Schmitz-Hübsch nach dem Acht-Minuten-Zeittakt der Züge führt Herr Fischer aus, dass es Blockabstände gebe, die von den Entfernungen der Signale und

den Geschwindigkeiten der Züge abhingen. Sinnvoll für eine dichtere Zugfolge wäre es, mehrere Blöcke zu schaffen und die Blockabstände nicht noch zu vergrößern. In Beantwortung der Frage von Abg. Eichelberg nach der Nähe der Organisationen und Unterorganisationen schätzt Herr Seyb ein, dass die Regionalisierungen der Deutschen Bahn AG, wie die Nord-Ostsee-Bahn, ein Fortschritt seien, die Regionalstandorte aber strikten Vorgaben der Zentrale unterlägen, sodass deren Entscheidungskompetenz nicht hoch genug sei.

Abg. Eichelberg ist der Ansicht, dass TRANSNET darüber nachdenken sollte, ob nur der Erhalt allein der Zukunft diene oder sich die Strukturen verändern müssten, und verweist auf das vor sieben Jahren vorgelegte Konzept für den Bahnhof Ahrensburg und den von der Deutschen Bahn AG verhängten Ausgabenstopp. Herr Weis legt dar, TRANSNET sei für eine Öffnung der Märkte und einen konsolidierten Wettbewerb. Das bereits erwähnte Beispiel der Telekom aufgreifend, stellt er fest, dass es bei der Telekom oder auch auf dem Energiesektor keine Diskussion gebe, die Netze zu verstaatlichen.

Sodann nimmt Herr Kerth vom VDV, Landesgruppe Nord, auf der Grundlage des Umdrucks 15/4961 Stellung.

Frau Neuschäfer trägt die Stellungnahme des VDC vor (s. Umdruck 15/4989).

Herr Krey, Vossloh Locomotives GmbH, empfiehlt die unbedingte Trennung von Netz und Betrieb, anderenfalls sehe er für den Schienengüterverkehr in Deutschland kaum eine Zukunft. Zum Schienenwegebau ist er der Ansicht, dass ein Haupt- und ein Nebennetz vernünftig seien, rät jedoch dazu, keine Eingriffe des Bundes oder der Länder in die Instandhaltung zuzulassen, sondern sie nach Ausschreibung zu vergeben, um eine Kostenexplosion zu vermeiden. Einer schrittweisen Privatisierung aller Verkehrsbereiche der DB AG stimme er zu, was seiner Ansicht nach jedoch die Trennung von Netz und Betrieb voraussetze. Zurzeit sei der gesamte Schienengüterverkehr an die private Spedition Stinnes vergeben worden, was dazu geführt habe, dass ein Wettbewerb mit anderen Speditionen und somit ein qualitatives Vorwärtskommen im Schienengüterverkehr verhindert worden sei.

Die Gründung einer unabhängigen Trassenvergabeagentur halte er dagegen nicht für sinnvoll. Einen herstellerneutralen Fahrkartenverkauf halte er für notwendig, sehe diesen aber ebenfalls im Zusammenhang mit der Trennung von Netz und Betrieb. Kernnetze auf Bundesebene und Regionalnetze auf Landesebene sollten unabhängig voneinander Fahrkarten verkaufen können. Die jetzige Lösung schätzt er negativ ein. Der Fahrkartenverkauf und die Aufnahme in die Fahrpläne müssten genauso neutralisiert werden wie das Eigentum und die Verfügung über Trassen.

Den Schleswig-Holstein-Tarif halte er für eine gute Lösung, dagegen kritisiert er den Automaten-Standard und empfiehlt, hierbei die Erfahrungen der Schweiz zu nutzen. Eine Kommunalisierung der Bahnhöfe könne er sich nicht vorstellen, da er den Kommunen die Kompetenz - selbst bei finanziellen Zuwendungen - nicht zutraue. Zur Neuordnung technischer Standards vertritt er die Ansicht, dass diese nicht notwendig seien, da bereits ein vernünftiges Regelwerk der UIC existiere. Die Fahrgastrechte halte er für ausreichend geregelt.

Herr Marquardt erläutert die Position des BUND, Landesverband Schleswig-Holstein (s. Um-druck 15/4983).

Auf die Frage von Abg. Aschmoneit-Lücke, warum ohne die Trennung von Netz und Betrieb für den Güterverkehr kaum eine Zukunft gesehen werde, antwortet Herr Krey, dass sich zurzeit Unternehmen wie Railion und DB Cargo nur noch für Ganzzugverkehre interessierten, da sich Einzelwagenverkehre nicht mehr rechneten.

Abg. Hentschel interessiert das Thema Standards der Eisenbahnbetriebsordnung, da diese zu erheblichen Kosteneinsparungen führen würden. Er ist der Ansicht, dass Standards für Güter- und Fernverkehr geeignet seien, aber im Regionalverkehr Nachteile bringen würden, denn er habe festgestellt, dass Straßenbahnen und Busse kostengünstiger als z. B. Triebwagen seien. Außerdem habe er bei Vossloh erfahren, dass es verschiedene Standards für Lokomotiven gebe. Herr Krey bestätigt die Feststellungen und gibt zu den Standards für Lokomotiven zu bedenken, dass die Lokomotiven zwar die gleichen Hauptkomponenten, aber verschiedene Sicherungssysteme hätten, welche das eigentliche Problem darstellten. Der UIC-Standard und europarechtliche Vorgaben lt. TSI seien besonders bei Mietunternehmen - inzwischen würden Schienenfahrzeuge in der Regel vermietet und nicht mehr verkauft - zu beachten, die nur noch voll spezifikationsgerechte Fahrzeuge kaufen würden. Die Sicherungstechnik und Streckenausrüstung kosteten in Größenordnungen mehr als das, was in die Fahrzeuge eingebaut werde.

Herr Kerth stimmt dem zu und ergänzt, durch die Verringerung von Infrastrukturausrüstungen könne man 25 bis 40 % der Kosten einsparen. Untersuchungen ergäben, dass eine NE-Bahnhofs-ausrüstung 30 bis 40 % günstiger sei als vergleichbare Anlagen im Bereich der Deutschen Bahn AG. Standards bestünden innerhalb des von der Eisenbahnbaubetriebsordnung vorgegebenen Rahmens. Er führt weiter aus, die von Herrn Krey angesprochenen TSIs gingen auf die Interoperabilitätsrichtlinien der EU zurück und befänden sich hier gerade in der Umsetzung. Sie seien auf das gesamte konventionelle Netz auszudehnen. Diese Standards seien möglicherweise in Gefahr, da nach der Verabschiedung des 2. Eisenbahnpakets die Interoperabilität auf der europäischen Ebene auf das gesamte konventionelle Netz auszudehnen sei; wodurch die kostengünstigen Standards sicherlich nicht mehr möglich seien. Derzeit gebe

es in Deutschland eine Umsetzung auf dem Verordnungsweg, in die unter anderem der VDV, die Bahnindustrie und die Länder eingebunden seien, und es gelte darauf zu achten, dass die günstigen Standards in der Region auch zukünftig umsetzbar blieben.

Herr Fischer widerspricht dem und ist der Auffassung, das eben Gesagte stehe im Gegensatz zu dem, was der VDV tue. Als Beispiel führt er die in Deutschland beschlossene und vom VDV gebilligte GSMR-Einführung an, die 300.000 € zusätzliche Kosten für die Umrüstung funktionierender Funksysteme bei der Nord-Ostsee-Bahn verursache. Da sie in Schleswig-Holstein nicht flächendeckend vorhanden sei, brauche man für jeden Querverkehr das GSMR-System, weil eine Hauptstrecke gekreuzt werde, und für den Rest könne man mit einem anderen System arbeiten. - Herr Kerth weist diese Darstellung entschieden zurück.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwicklung und Stand der Kulturwirtschaft in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/3482

(überwiesen am 18. Juni 2004 an den **Bildungsausschuss** und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

hierzu: Umdruck 15/4966

Die Vorsitzende informiert über die Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses vom 9. September 2004, die Landesregierung aufzufordern, in der Mitte einer jeden Legislaturperiode einen Kulturwirtschaftsbericht vorzulegen, und schlägt vor, den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen und dieser Empfehlung zu folgen. Abg. Benker schlägt in Ergänzung der Beschlussempfehlung vor, auch eine Information zum Kulturtourismus aufzunehmen. Abg. Schmitz-Hübsch empfiehlt, sich der Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses anzuschließen. Der Ausschuss folgt der Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Liberalisierung des Wettbewerbsrechts

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1504

hierzu: Umdrucke 15/2540, 15/3070, 15/4844

(überwiesen am 24. Januar 2002 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den
Wirtschaftsausschuss)

Abg. Aschmoneit-Lücke erklärt, der Antrag habe sich inzwischen erledigt. Einstimmig beschließt der Wirtschaftsausschuss, dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss vorzuschlagen, dem Landtag zu empfehlen, den Antrag für erledigt zu erklären.

Punkt 4 der Tagesordnung:

a) Senkung der Sozialversicherungsbeiträge für niedrige Einkommen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1494

**b) Neuorientierung des Arbeitsmarktes
Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung**

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1497

hierzu: Umdruck 15/2605, 15/2606, 15/2617, 15/2720, 15/2902, 15/2903,
15/2915, 15/2916, 15/2918, 15/2919, 15/2929, 15/2930,
15/2940, 15/2980, 15/3028, 15/3049, 15/3065, 15/3204

(überwiesen am 24. Januar 2002 an den **Sozialausschuss** und den **Wirtschaftsausschuss**)

Abg. Hentschel erklärt, dass der Antrag durch das der Landesregierung vorgelegte und in den Bundesrat eingebrachte Steuerkonzept erledigt sei. Abg. Aschmoneit-Lücke erklärt den Antrag der FDP-Fraktion für erledigt. Der Wirtschaftsausschuss beschließt entsprechend.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Für mehr Beschäftigung: Kündigungsschutz sofort lockern!

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2428

(überwiesen am 20. Februar 2003 an den **Sozialausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

Ohne weitere Aussprache wird der Antrag mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP zur Ablehnung empfohlen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

a) Zur dramatischen Lage auf dem Arbeitsmarkt

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2443 Absatz 1 und 3

b) Zur dramatischen Lage auf dem Arbeitsmarkt

Mündlicher Bericht der Landesregierung

(überwiesen am 3. April 2003 an den **Sozialausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

Ohne weitere Aussprache wird der Antrag einstimmig für erledigt erklärt und der mündliche Bericht der Landesregierung zur Kenntnis genommen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Arbeitsmarktpolitik in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP
Drucksache 15/3141

(überwiesen am 21. Januar 2004 an den **Sozialausschuss**, den Bildungsausschuss und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

Ohne weitere Aussprache nimmt der Wirtschaftsausschuss den Bericht zur Kenntnis und erklärt die Beratungen für abgeschlossen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Keine gesetzlichen Mindestlöhne

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/3271

(überwiesen am 10. März 2004 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Sozial-
ausschuss)

Die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes wird einvernehmlich vertagt.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Liberalisierung des Ladenschlusses

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2575 (neu)

(überwiesen am 3. April 2003 an den **Sozialausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

Die CDU-Fraktion erklärt ihren Antrag für erledigt. Der Ausschuss beschließt entsprechend.

Punkt 10 der Tagesordnung:

a) Umsetzung von „Hartz IV“ in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/3590

(überwiesen am 26. August 2004 an den **Sozialausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

b) Umsetzung von Hartz IV in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/3345 Nr. 1 und 2

hierzu: Umdrucke 15/4706, 15/4910

(überwiesen am 28. April 2004 an den **Sozialausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

Zu Punkt 10 a) wird ohne weitere Aussprache einstimmig Kenntnisnahme des Berichtes beschlossen, zu Punkt 10 b) wird einstimmig Vertagung der weiteren Beratung beschlossen.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Wirtschaftsbericht 2004

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU
Drucksache 15/3451

(überwiesen am 27. Mai 2004 zur abschließenden Beratung)

Ohne weitere Aussprache nimmt der Ausschuss die Vorlage zur Kenntnis und erklärt die Beratungen für abgeschlossen.

Punkt 12 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Die Vorsitzende schlägt vor, das Begehren von Abg. Eichelberg betr. die EU-Chemikalienverordnung REACH in der nächsten Ausschusssitzung zu behandeln, und erbittet vorab einen schriftlichen Bericht des MWAV. Der Ausschuss beschließt entsprechend.

Auf Vorschlag der Vorsitzenden wird am 3. November eine Nachanhörung zur Bahnreform stattfinden. M Dr. Rohwer erklärt, es gebe zum Thema Bahnreform ein neues Gutachten unter Beteiligung u. a. der HSH Nordbank, das ebenfalls zu dem Ergebnis komme, dass die Trennung von Netz und Betrieb zwingend erforderlich sei. In circa drei Wochen werde es in der Endfassung vorliegen und sodann den Ausschussmitgliedern zugeleitet werden.

Abg. Eichelberg bittet um zügige Beratung des Antrages der CDU zum Landesraumordnungsplan und schlägt eine gemeinsame Anhörung aller beteiligten Ausschüsse vor. Abg. Hentschel unterstützt dieses Anliegen und bittet um die Möglichkeit der rechtzeitigen Einbringung zusätzlicher Aspekte und der Benennung von Anzuhörenden. Dem federführenden Agrarausschuss wird dieser Wunsch des Wirtschaftsausschusses mitgeteilt werden.

Die Vorsitzende, Abg. Strauß, schließt die Sitzung um 12:20 Uhr.

gez. Roswitha Strauß
Vorsitzende

gez. Manfred Neil
Geschäfts- und Protokollführer